

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 2.

Charlottenburg, Freitag, den 14. Januar 1921.

Jahrg. 48.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1919.

Die Hochflut von Lohnbewegungen, die sich nach Ausbruch der Revolution über Deutschland ergoß, hat zu der Prägung des öfters angewandten Satzes geführt: „Die Revolution sei in eine allgemeine Lohnbewegung ausgelaufen“. Wenn damit ausgedrückt werden sollte, daß für die Arbeiterschaft weniger die ideellen Errungenschaften der Revolution als vielmehr das Streben nach materieller Besserung der Lebenslage, also egoistische Ziele, in Frage kamen, so kann eine solche Kennzeichnung der nach der Revolution eingetretenen Sturm- und Drangperiode nicht als stichhaltig angesehen werden. Letzten Endes waren es doch tief in dem Wirtschaftsleben wurzelnde Ursachen, welche die Arbeiterschaft dazu trieben, eine höhere Entlohnung anzustreben. Schon vor Beendigung des Krieges befand sich die deutsche Arbeiterschaft in einer gegen die Vorkriegszeit erheblich verschlechterten Lebenslage. Nach einer kurzen vorübergehenden Senkung der Warenpreise kam es dann im Laufe des Jahres 1919 zu einer unaufhaltbaren, sprunghaften Steigerung der Kosten der gesamten Lebenshaltung, die eine unbeschreibliche Verelendung der Volksmassen zur Folge gehabt hätte, wenn dieser Aufwärtsbewegung der Preise nicht in dem gleichen aufsteigenden Tempo die Erhöhung des Lohneinkommens gefolgt wäre. Lediglich von diesen Gesichtspunkten ausgehend, sind die wirtschaftlichen Bewegungen der Arbeiterschaft im Jahre 1919 zu betrachten. Es ist für sie besonders kennzeichnend, daß sie sich in den gleichen Berufen und Betrieben in rascher Aufeinanderfolge im Laufe des Jahres mehrfach wiederholten und sehr häufig sich nicht in dem Rahmen der sonst angewandten gewerkschaftlichen Taktik vollzogen.

Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ veröffentlicht in der Nr. 51, in einer besonderen Beilage, eine Uebersicht über Zahl, Umfang und Erfolg der 1919 vorgekommenen Bewegungen, soweit sie von den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Zentralverbänden geführt wurden und von der Statistik erfasst werden konnten.

An der Statistik sind 32 Zentralverbände beteiligt. Diese hatten im Jahre 1919 zusammen 26 433 Bewegungen, die sich auf 42 249 Orte, 349 166 Betriebe mit 7 986 515 darin beschäftigten Personen erstreckten. An den Bewegungen waren beteiligt 7 435 09 Personen, darunter 1 442 115 weibliche, gleich 19,4 v. H. der Gesamtzahl. Der Anteil der weiblichen Beteiligten ist gegen das Vorjahr um 9,6 v. H. zurückgegangen. Diese Verminderung des weiblichen Anteils ist eine Folge der nach Beendigung des Krieges wieder eingetretenen stärkeren Beschäftigung männlicher Arbeitskräfte. Gegenüber dem Jahre 1918 ergibt sich ein Mehr von 15 574 Bewegungen und 4 996 052 Beteiligten. Von den gesamten Bewegungen nahmen 22 769 gleich 86,1 v. H. mit 6 671 249 Beteiligten gleich 89,7 v. H. der Gesamtzahl einen friedlichen Verlauf und 3664 gleich 15,9 v. H. führten zu Arbeitseinstellungen, von denen 764 460 Personen, darunter 103 363 weibliche, betroffen wurden. Bis auf wenige Fälle waren alle ohne Arbeitseinstellung verlaufene Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders zur Erreichung von Lohnerhöhungen, unternommen. Nur bei 237 Bewegungen mit 13 095 Beteiligten handelte es sich um Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Von den 3664 Bewegungen, die zu Arbeitseinstellungen führten, waren der überwiegende Teil, und zwar 3378 mit 636 665 Beteiligten, Angriffsstreiks. In 2899 Fällen lagen ihnen Lohnforderungen, in 300 Fällen Forderungen auf Lohnerhöhung

und Verkürzung der Arbeitszeit und in 33 Fällen nur die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zugrunde; 146 Streiks entstanden aus sonstigen Ursachen. Daß die zur Erreichung einer verkürzten Arbeitszeit geführten Streiks nur eine geringe Minderheit ausmachen, ist auf die gesetzliche Einführung des Achtstundentages zurückzuführen, wodurch ein altes Kampfsziel der Gewerkschaften erreicht wurde. Abwehrstreiks fanden 226 statt, an denen 59 787 Personen beteiligt waren. In 83 Fällen wurden sie durch Maßregelungen und in 60 Fällen durch Lohnreduzierungen verursacht. In 13 weiteren Fällen wurde gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit und in zwei Fällen gegen den verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft. Aus sonstigen Ursachen entwickelten sich 68 Streiks. Aussperrungen wurden von den Unternehmern in 60 Fällen unternommen, die 68 008 Personen, darunter 23 747 weibliche, in Mitleidenschaft zogen. In 31 Fällen waren Forderungen der Arbeiter, in 13 Fällen die Nichtannahme einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und in 9 Fällen Streiks die Veranlassung zu den Aussperrungen. In weiteren 7 Fällen handelte es sich um andere Ursachen.

Die Durchführung der gesamten Bewegungen verursachte den beteiligten Zentralverbänden eine Gesamtausgabe von 38 882 375 M. Davon kommen auf die Arbeitskämpfe 37 142 771 M. Die Angriffsstreiks erforderten 34 819 528 M., die Abwehrstreiks 836 044 M. und die Aussperrungen 1 137 109 M. Kosten.

Das Jahr 1919 steht mit seinen wirtschaftlichen Bewegungen abseits der Regel, daß ihr Erfolg in erster Linie bedingt ist durch die allgemeine ökonomische Lage. Diese war der erfolgreichen Durchführung von Bewegungen so ungünstig wie nur irgend möglich. Die Waffenstillstandsbedingungen führten eine umfangreiche Stilllegung der Produktion, die größtenteils durch den langdauernden Kriegszustand auf die Befriedigung der Kriegsbedürfnisse eingestellt war, herbei. Die Umstellung der Betriebe auf die Friedenswirtschaft war erschwert durch den Mangel an Rohmaterialien, und die aus dem Felde zurückkehrenden Massen vermehrten das Heer der Arbeitslosen ins ungemessene. Wenn trotzdem durch die Bewegungen Erfolge in einem noch nie dagewesenen Umfange und einer beispiellosen Höhe erzielt wurden, so ist dieses besonderen Machtfaktoren und treibenden Kräften zuzuschreiben. Es waren die Bewegungen Massenbewegungen in des Wortes vollster Bedeutung. Die Unternehmer wagten es nicht, diesem Massensturm schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Unverkennbar war auch das Entgegenkommen der Unternehmer von dem Gedanken getragen, die beschränkte Aufbaumöglichkeit der Wirtschaft in Deutschland nicht durch schwere Arbeitskämpfe vollends zu zerstören. Sicher war die Tätigkeit der aus der Kriegszeit übernommenen Schlichtungsinstanzen, die durchaus zugunsten der Arbeiterschaft wirkten, nach dieser Richtung eingestellt.

Die Zusammenfassung der Erfolge aller Bewegungen stellt sich folgendermaßen dar: Es endeten 21 591 gleich 81,7 v. H. (1918: 79,9) erfolgreich und 4413 gleich 16,7 v. H. (19,5) teilweise erfolgreich. Es waren beteiligt an den erfolgreichen Bewegungen 5 593 131 Personen gleich 75,2 v. H. (62,9) und an den teilweise erfolgreichen Bewegungen 1 681 822 Personen gleich 22,6 v. H. (36,2). Erfolglos blieben 171 Bewegungen mit 19 147 Beteiligten. In 243 Fällen mit 139 279 Beteiligten wurde der Ausgang nicht bekannt und 25 Bewegungen (Streiks) mit 2330 Beteiligten waren am Jahreschlusse nicht beendet. Der Vergleich der Zahlen mit denen des Vorjahres zeigt, daß der Anteil der erfolgreichen Bewegungen höher, dagegen der der teilweise erfolgreich verlaufenen geringer ist als 1918. Die Zahl der

ohne Erfolg gebliebenen Bewegungen war gleich wie im Vorjahre unbedeutend. Die relativ hohe Zahl der Bewegungen, deren Ausgang unbekannt blieb, erklärt sich aus der mangelhaften Berichterstattung. Bei den Bewegungen ohne Arbeitzeinstellung sind die Erfolgswerte günstiger als bei allen Bewegungen zusammengekommen, die beeinflusst werden durch die etwas geringeren Erfolge der Streiks. Es endeten von den friedlich verlaufenen Bewegungen 18 900 gleich 83 v. H. mit 5 201 786 Beteiligten gleich 78 v. H. erfolgreich und 3854 Bewegungen gleich 16,9 v. H. mit 1 358 748 Beteiligten gleich 20,4 v. H. teilweise erfolgreich. Der Ausgang der Streiks war in 2660 Fällen gleich 74,3 v. H. mit 381 933 Beteiligten gleich 55 v. H. erfolgreich und in 538 Fällen gleich 15 v. H. mit 280 134 Beteiligten gleich 40,4 v. H. teilweise erfolgreich. Von den Angriffsstreiks blieb der Ausgang in 234 Fällen unbekannt. Auch über den Ausgang von 5 Aussperrungen, von denen 13 387 Personen betroffen wurden, liegen keine Angaben vor. Soweit über die Aussperrungen berichtet wurde, endeten 31 mit 9412 daran beteiligten Personen mit einem völligen Misserfolge der Unternehmer, 21 mit 42 940 Beteiligten weisen einen teilweisen Erfolg auf und nur in 3 Fällen hatten die Unternehmer mit diesem Kampfmittel einen vollen Erfolg.

Es wurden durch die Bewegungen für insgesamt 7 257 036 Personen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt. Es erreichten 797 825 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von zusammen 6 129 465 Stunden, 6 470 960 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 144 337 487 M. die Woche und 4 761 819 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Im Durchschnitt kommt auf jede Person eine Arbeitszeitverkürzung von $7\frac{3}{4}$ Stunden und eine Lohnerhöhung von 22,31 M. die Woche.

Gegenüber dem gewaltigen Maß an Erreichtem fällt das, was durch die Bewegungen außerdem an Verschlechterungen abgewehrt wurde, kaum ins Gewicht. Es wurden abgewehrt für 837 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 3851 Stunden und für 17 984 Personen eine Lohnkürzung von 264 657 M. die Woche. Maßregelung von Personen wurden in 119 Fällen, verlangter Austritt aus der Organisation in 4 Fällen und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in 163 Fällen für 17 680 Personen abgewiesen.

In 11 501 Fällen kam es anlässlich der Bewegungen zu Abschlüssen von Tarifverträgen, die für 4 600 879 Personen Geltung hatten.

Bei der Beurteilung der zahlenmäßig nachgewiesenen Erfolge muß man sich vergegenwärtigen, daß Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen 1919 in noch viel größerem Umfange erfolgten, als die Darstellung ergibt. 20 Verbände mit zusammen $1\frac{1}{2}$ Millionen Mitgliedern sind in der Statistik nicht vertreten, darunter auch solche, die wichtige Berufsgruppen vertreten, wie die Verbände der Angestellten, Bergarbeiter, Buchdrucker, Eisenbahner und Landarbeiter. Auch die zahlenmäßigen Nachweise der an der Statistik beteiligten Verbände leiden daran, daß den Vorständen häufig durch die Ortsgruppen über Bewegungen nicht berichtet wurde.

Im Interesse der Wissenschaft ist es ungemein bedauerlich, daß die Ergebnisse der wirtschaftlichen Massenbewegung des Proletariats nicht völlig zu erfassen waren. Wegen der ganz besonderen zeitgeschichtlichen Umstände, wie sie das Jahr 1919 kennzeichnen, wird dieses jedenfalls in der Geschichte der wirtschaftlichen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse für immer eine überragende Stellung einnehmen. Möglich, daß die Resultate der im Jahre 1920 erfolgten Bewegungen sich noch denen des Berichtsjahres nähern. Doch schon mehren sich die Anzeichen, daß die weitere Aufwärtsbewegung der Lohnsätze auf größere Widerstände stößt, die nun zu überwinden sind. Es bricht die Zeit an, wo die Gewerkschaften gewappnet sein müssen zu schweren Kämpfen gegen das Unternehmertum, die nur mit Erfolg zu führen sind in einer festgeschlossenen Einheitsfront aller Kopf- und Handarbeiter.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Verzögerung der Sozialisierung. — Unbefriedigende Ergebnisse der Steinkohlenförderung. — Falsche Außenpolitik. — Der Lohnmarkt. — Reichliche Handelsgewinne.

Die Frage der Kohlensozialisierung findet im Reichswirtschaftsrat eine wohl nicht ganz unbeabsichtigte Verzögerung. Aus der Unterkommission, die den Weg einer allgemeinen Verständigung finden sollte, sind wieder neue Unterkommissionen gebildet, bis die Sache nun in Essen anscheinend auf totes Gleis geschoben ist. Man täuscht sich doch nicht über die Gegensätze, die hier vorhanden sind. Wohl mag es geschickten Vertretern des Bergbaues gelingen, die Vertreter der christlichen Gewerkschaften und der Ge-

werksvereine vor ihren Narren zu spannen und sie von der „Gefährlichkeit“ des sozialistischen Projekts zu überzeugen; bei den freien Gewerkschaften versagen die Mittel nicht. Denen sind die Zusammenhänge des kapitalistischen Betriebes klar genug, um zu erkennen, daß der private Anteil an einem noch sehr entwicklungsfähigen gewinnbringenden Unternehmen von den Interessenten nicht ohne Widerstreben aufgegeben werden kann. Was sollte denn die Bergherren und die große Zahl der Aktienbesitzer veranlassen, auf die private Ausbeute ihrer Unternehmungen zu verzichten? Etwa die ideale Auffassung, daß ihr so wertvoller Besitz, der eigentlich der Nation gehört, nicht länger von ihnen beherrscht werden darf, sondern in den Dienst des Gemeinwohls übergehen muß, aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen und nicht minder aus sittlichem Bewußtsein? Heute haben solche Betrachtungen weniger Kurs als je; die Gewinne fließen reichlich, die Spekulation treibt zu wüsten Ausartungen. Wie sollen wir von denen, die an diesem Treiben beteiligt sind, die uns täglich den Nachweis führen wollen, daß diesen Ausartungen des freien Spiels der Kräfte kein Zwang angelegt werden darf, die Umkehr verlangen? Die Einsicht, daß in einem Betriebe ohne kapitalistische Ausbeutung dem Gemeinwohl gedient wird, ist den Kreisen fremd, die in ihrem Gedankengang immer wieder auf die kapitalistische Gewinnbildung eingestellt sind, ohne die auch ihre materielle Stellung ins Wanken gerät. Die naive Auffassung, daß im Reichswirtschaftsrat unter den „Männern der Praxis“ eine Verständigung über wirtschaftliche Fragen sehr leicht möglich ist, mögen die Herren Bernhardt und Walter Rathenau den Gewerksvereinen vortragen, ihnen im neuen Aufguß die schöne Hirsch-Dundersche These von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit servieren — im Reichswirtschaftsrat wird sich sehr bald zeigen, daß die Gegensätze bei großen entscheidenden Fragen unüberbrückbar sind.

Das Reichswirtschaftsministerium sollte mit seinen Arbeiten nicht auf die Entscheidung des Reichswirtschaftsrates warten, sondern rüstig an die Arbeit gehen, damit wir auf dem Gebiete der Sozialisierung endlich den Anfang sehen. Das wird um so notwendiger sein, als die Zahlen über die Fördererergebnisse im Steinkohlenbergbau einen viel zu geringen Fortschritt aufweisen; die heutige Produktionsform scheint nicht mehr geeignet, den Steinkohlenbergbau auf die Höhe zu bringen, die die Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft erfordert. Die Steinkohlenförderung in den ersten 11 Monaten dieses Jahres ergab gegen das Vorjahr ein Mehr von 21,8 Mill. Tonnen. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß 1919 durch viele wilde Streiks die Förderleistung ganz besonders herabsank. Wir müssen damit rechnen, daß wir 1920 nicht einmal die Mehrleistung herausholen, die in der Abgabe an die Entente festgelegt ist. Wenn wir nicht wenigstens im Braunkohlenbergbau rund 16 Mill. Tonnen Mehrförderung hätten, dann wären die Folgen auf wirtschaftlichem Gebiet gar nicht abzusehen. Indes trotz dieser Erleichterung wird der Zustand immer unerträglicher, daß in einer Zeit großer Arbeitslosigkeit viele Industrien nicht zur vollen Beschäftigung übergehen können, weil ihnen Brennmaterial fehlt.

Die Lage des deutschen Außenhandels erfährt keine Besserung, die Einfuhr steigt in geradezu beängstigender Weise und überragt weit die Ausfuhr. Von irgendeiner planmäßigen Außenhandelspolitik ist bei dem gegenwärtigen Kabinett nichts zu spüren. Der Freihandel behnt seine Herrschaft aus und führt große Mengen ganz unnötiger Waren zu enorm hohen Preisen ein. Daß unsere Valuta unter diesem Druck sich nicht erholen kann, ist klar, und die Freigabe des Terminhandels in Devisen wird auch nicht zur Besserung beitragen, viel eher steht zu befürchten, daß uns die Spekulation noch weiter abwärts führt.

Nach dem Spaa-Abkommen sollten die 5 Goldmark pro Tonne zur Senkung der Lebensmittelpreise für die Bergarbeiter verwandt werden. Wie jetzt bekannt wird, stehen uns monatlich rund 58 Mill. Gulden zur Verfügung, die nun aber leider nicht vollständig den Bergarbeitern zugute kommen, sondern unter der Notlage, in die wir mit unserer Lebensmittelversorgung geraten sind, sah sich das Finanzministerium gezwungen, diese Devisen für allgemeine Einkäufe zu verwenden. Das ist in hohem Maße zu bedauern, um so mehr, als mit den Devisen für Einkäufe, die wir entbehren können, im freien Verkehr reichlich herumgeworfen wird. Und da von der Regierung selbst auf diese Verwendung der Devisen aus dem Spaa-Abkommen hingewiesen ist, wird auch gegenüber der Entente die Stellung der Regierung nicht gerade eine sehr angenehme. Zudem werden die Bergarbeiter auch nicht sehr erbaut sein über die ihnen entzogene Vergünstigung, und der Zweck, die Kohlenförderung zu erhöhen, kann auf diese Art auch nicht erreicht werden.

Während somit unser Außenhandel auf die denkbar ungünstigste Stellung hinabgeglitten ist, gibt Amerika wieder eine aktive Handelsbilanz auch für November bekannt, die glänzend genannt werden muß. Der amerikanische Außenhandel zeigt in den letzten vier Monaten folgende Entwicklung:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Mill.	Doll.	Mill.	Doll.
August	410		579	
September	363		606	
Oktober	362		752	
November	321		675	
	1456		2612	

In diesen vier Monaten ist mithin ein Ausfuhrüberschuß von 1156 Millionen Dollar zu verzeichnen. Dieser Zufluß an Kapitalien muß der kapitalistischen Entwicklung in Amerika einen gewaltigen Anreiz geben. Der Einwand, daß in diesen Zahlen große Kredite stecken, beeinträchtigt das Gesamtergebnis nicht.

Auf dem Lebensmittelmarkt sieht es übel aus. Die Kartoffelzufuhr stockte an den kalten Tagen, und es trat in einigen Städten recht fühlbarer Mangel ein. Die Preise für Speisefartoffeln gingen bis auf 45 Mt. pro Zentner ab Verladestation hinauf. In der Lieferung von Roggen besteht fortgesetzt eine starke Verzögerung. Die nun viel zu spät einsetzende Kontrolle auf dem Lande stößt überall auf große Hindernisse. Der Schleichhandel hat sich unter stiller Billigung der Verwaltungsbehörden ganz offen reichlich betätigt, und es wird berichtet, daß von den Mühlen bis zu 200 Mt. für den Zentner Roggen gezahlt wurden. Das wäre so ungefähr der gegenwärtige Weltmarktpreis, der auch beim freien Handel in die Erscheinung treten würde. Der Brotpreis müßte dann um das 2½fache hinausgehen. Wie übrigens unter dem freien Handel die Preise getrieben werden, dafür bietet der Mais ein sehr schönes Beispiel. Der Mais kostete an der Chicagoer Börse im Dezember 2013 Mt. (nach unserer Valuta umgerechnet) die Tonne. In Hamburg wurde er mit 3400 Mt. abgegeben. Also für Fracht, Spesen und Handelsgewinn ein Aufschlag von 1387 Mt. pro Tonne. Man wird es verstehen, wenn der Getreidehandel nichts unversucht läßt, um auch die Brotgetreidezufuhr in seine Hände zu bekommen. Solche fetten Gewinne läßt sich der Handel nicht gern entgehen. Im übrigen, er kann sicher sein, daß das gegenwärtige Ministerium sich nicht gerade sehr sträuben wird, diesem Verlangen stattzugeben. An Ausdauer, die Reichstagsabgeordneten zu bearbeiten wird es den Getreidehändlern auch nicht fehlen, so daß sie schon ihr Geschäft hereinbringen werden. Das Volk aber mag sich an die Wehlversprechungen der bürgerlichen Parteien erinnern.

10. Tagung des Ausschusses

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

II.

Ueber den Ausbau der Wirtschaftsorganisationen machte Genosse Adolf Cohen eine Reihe von Mitteilungen, und da diese Sache noch nicht spruchreif ist, beschloß der Ausschuß, eine fünfzehngliedrige Studienkommission einzusetzen. Zehn Vertreter soll der Ausschuß bestimmen und fünf Vertreter sollen dem Afa-Bund eingeräumt werden.

Ein wenn auch nicht großes, sondern doch unter den heutigen Verhältnissen immerhin beachtenswertes Stück praktischer Arbeit zur Linderung der Bekleidungsnot leistete der Ausschuß in seiner Stellungnahme zu der Warenbeschaffungsstelle, an der sich der Bundesvorstand beteiligt hat. Es wurde gegen eine Stimme beschlossen, daß der Bundesvorstand sich an dieser Warenbeschaffungsstelle weiterbeteiligen soll.

Eine schwierige Frage für die deutschen Gewerkschaften bilden die Folgen, die im Saargebiet infolge der Einführung der Frankentwährung entstehen werden. Für die Gewerkschaften handelt es sich darum, welche Beiträge die dortigen Gewerkschaftsmitglieder leisten und welche Unterstützungen sie erhalten sollen. Da sich die Sachlage noch nicht klar übersehen läßt, beschloß der Ausschuß auf Antrag des Genossen Simon (Schuhmacher), daß der Bundesvorstand eine Vertretung ins Saargebiet entsenden soll, die sich dort mit den Gewerkschaften in Verbindung setzt, damit sie zunächst selber zu der Frage Stellung nehmen und ebenfalls die Vorstände ihre dortigen Mitgliedschaften veranlassen, sich zu der Sache zu äußern.

Nicht minder schwierig, weil ebenfalls in die sachungsgemäßen Punkte der einzelnen Gewerkschaften eingreifend, ist die Frage der Vereinheitlichung der Mitgliederrechte der verfürzt Arbeitenden. Die ungleiche Behandlung dieser Arbeitergruppen in

den verschiedenen Gewerkschaften hat schon lange Unzufriedenheit unter den Gewerkschaftsmitgliedern erregt. Jedoch ist eine einheitliche Lösung der Frage sehr schwierig und die jetzige Ausschußsitzung hatte eine Kommission eingesetzt, die dieser Sitzung auch ihre Vorschläge unterbreitete. Die Teilnehmer an der Ausschußsitzung glaubten jedoch nicht aus eigener Machtvollkommenheit diese ziemlich verwickelte Frage lösen zu können und vertagten die Erledigung bis zur nächsten Sitzung. Bis dahin sollen die Vorstände dazu Stellung nehmen.

Necht schnell wurde der nächste Punkt der Tagesordnung erledigt: Unterstützung der ungarischen Gewerkschaften. Dazu hat der Internationale Gewerkschaftsbund aufgefördert. Eine der Folgen des Boykotts über Horthy-Ungarn ist die, daß seitdem die Gewerkschaften sich dort etwas besser rühren können. Jedoch sind ihre Kräfte vollständig erschöpft worden durch die riesigen Prozeßkosten und die Unterstützungen, die sie den Opfern des weißen Schreckens gewähren. Einige deutsche Gewerkschaften haben zu diesem Zweck ihren ungarischen Bruderverbänden schon namhafte Beträge bewilligt. Der Ausschuß beschloß, daß die deutschen Gewerkschaften nach Maßgabe des durchschnittlichen Mitgliederbestandes vom vorigen Jahre für jedes Mitglied den Betrag von 5 Pf. an die ungarischen Gewerkschaften abführen sollen. Das Geld wird in ungarische Kronen umgerechnet, bei einer Wiener Bank eingezahlt und kann dort unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes von den ungarischen Gewerkschaften erhoben werden.

Die Auslegung des Friedensvertrages durch die Entente hat, wie bekannt, schon zu vielen Härten geführt, die in Deutschland den Eindruck erwecken, als sei es der Entente weniger um eine gewissenhafte Erfüllung des Vertrages zu tun, als darum, alle Bestrebungen des deutschen Volkes vergeblich zu machen, sich aus seinem Elend emporzuarbeiten. Den neuesten Bestrebungen der Entente auf diesem Gebiete setzte der Ausschuß folgende Resolution entgegen:

„Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gemeinsam mit dem Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes, das ist die Vertretung von mehr als 10 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, erheben Protest gegen die fortgesetzten systematischen Störungen und Beunruhigungen des deutschen Wirtschaftslebens, wie sie ständig hervorgerufen werden durch die Versuche der Ententeregierungen und ihre Vertretungen in Deutschland, den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages immer neue und immer rigorosere Auslegungen zu geben oder neue Forderungen aufzustellen, die weder rechtlich noch tatsächllich begründet sind.“

Den Bemühungen der Gewerkschaften, die vorhandenen Luftschiffhallen und andere Anlagen friedlichen, der sozialen Wohlfahrt und insbesondere sozialhygienischen Zwecken zuzuführen, unter vollständiger Entkleidung ihres militärischen Charakters, hat die Entente ein glattes „Nein!“ entgegengesetzt; sie besteht darauf, daß diese Baulichkeiten zerstört und damit Milliarden an Werten sinnlos vernichtet werden müssen, während es dem deutschen Volke an den notwendigsten Heilstätten für Millionen seiner unterernährten und in ungesunden Wohnungen dahinsiechenden Frauen und Kinder fehlt.

Raum ist die Forderung der Zerstörung der Dieselmotoren abgewehrt, erhebt die Entente neue Forderungen, die auf die vollkommene Vernichtung der deutschen Luftverkehrsindustrie hinauskommen, obwohl nach Artikel 201 des Friedensvertrages Deutschland durchaus berechtigt ist, sechs Monate nach Friedensschluß Luftfahrzeuge für Friedensverkehr zu bauen.

Die deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben wiederholt erklärt, daß sie gewillt sind, an der ehrlichen Erfüllung des Versailler Vertrages mitzuwirken. Ohne diese Mitwirkung ist die Erfüllung unmöglich. Durch derartig rigorose Maßnahmen der Ententeregierungen wird jedoch dieses Bestreben der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft systematisch untergraben und letzten Endes unmöglich gemacht. Die vorgenannten Körperschaften richten daher an die Arbeiter und Angestellten in den Ententeländern die dringende Aufforderung, auf ihre Regierungen in diesem Sinne einzuwirken, daß solche schikanösen Maßnahmen gegen das deutsche Wirtschaftsleben in Zukunft ausbleiben.“

Mit der Frage der Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens hatte sich schon die vorige Ausschußsitzung beschäftigt und die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die in Gemeinschaft mit den beiden sozialdemokratischen Parteien der Lösung dieser Frage näherzutreten soll. Im Auftrage dieser Kommission berichtete Genosse Brey (Fabrikarbeiter). Die Aufgaben, die auf diesem Gebiet zu lösen sind, sind so mannigfaltig und schwierig, daß es nötig ist, zu ihrer Bewältigung ein besonderes Sekretariat einzurichten, das das Material dazu vorbereitet. Die Einrichtung eines solchen Sekretariats wurde beschlossen. Wegen der Kosten muß noch ein Abkommen mit den politischen Parteien getroffen werden.

Die Stellungnahme zum Stande der Sozialisierungsfrage leitete der Genosse Umbreit ein. Es handelt sich dabei bekanntlich zunächst um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Der Redner besprach die dazu vorliegenden zahlreichen Vorschläge und die Bemühungen der Gegner der Sozialisierung, diese zum mindesten

auf die lange Wand zu schieben. In der Aussprache wurde unter anderem die große Gefahr hervorgehoben, die darin besteht, daß auch eine Vollsozialisierung der Bergarbeiter noch nicht gleich die günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen kann, auf die sie bei der Schwere und Gefährlichkeit ihrer Arbeit berechtigten Anspruch haben, und daß dies von verschiedenen Seiten in demagogischer Weise gegen den Sozialismus überhaupt ausgenutzt werden kann. Es handelt sich dabei nicht nur um wirtschafts- politische Erwägungen, sondern auch um sehr wichtige taktische Fragen. Der Ausschuß entschied sich für Einsetzung einer Kommission, die zu diesem Zwecke mit den beiden sozialistischen Parteien in Verbindung treten soll.

Die schwierige Frage Berufs- oder Industrieorganisation drängt auch im Bergbau zu einer Lösung, besonders wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Bergbau neben den eigentlichen Bergarbeitern auch noch Mitglieder der Verbände der Metallarbeiter, Maschinisten und Heizer, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Zimmerer, Dachdecker, Sattler, Maler, Transportarbeiter, Eisenbahner und Gärtner beschäftigt sind. Genosse Gusemann vom Bergarbeiterverband lud die Vorstände dieser Gewerkschaften ein zu einer am 18. Januar in Berlin abzuhaltenden Besprechung.

Die Gewerkschaftsangeestellten sind samt und sonders sehr überlastet und besonders groß ist, wie allseitig anerkannt wurde, die Überlastung bei den leitenden Angestellten des Bundesvorstandes. Eine Abhilfe durch Anstellung weiterer Kräfte konnte bisher nicht geschaffen werden, weil dem Bundesvorstand dazu teils die Mittel, teils auch die Räumlichkeiten fehlen. Um den allerdringendsten Anforderungen ein wenig entgegenkommen zu können, schlug der Bundesvorstand vor, zunächst einen weiteren Sekretär anzustellen. Die Berufung einer weiteren Kraft bleibt vorbehalten. Ferner erhielt er die Ermächtigung, außerdem eine Kraft für die Ausgestaltung der Sozialpolitischen Abteilung anzustellen. Zum Sekretär wurde Genosse Robert Schmidt gewählt.

Eine sehr gründliche und trotz gelegentlicher sachlicher Meinungsverschiedenheiten vom besten kameradschaftlichen Geiste getragene Aussprache entspann sich bei dem Tagesordnungspunkt „Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften“. Hierzu hatte Genosse Dikmann (Metallarbeiter) das einleitende Referat übernommen. Allseitig gab man der Meinung Ausdruck, daß die Gewerkschaften mit der bisherigen bloßen Lohnpolitik nicht weiter kommen können, und daß die Verhältnisse zu weiterer Betätigung drängen. Diese sei um so notwendiger, da den politischen Parteien durch die bedauernden Spaltungen die Erfüllung ihrer Aufgaben sehr erschwert sei und nur so die Möglichkeit vorhanden sei, eine Einheitsfront des kämpfenden Proletariats wiederherzustellen. Die Aussprache, an der sich zahlreiche Vertreter größerer, mittlerer und kleinerer Gewerkschaften beteiligten, war sehr fruchtbringend. Sie wird in der nächsten Zeit in der Gewerkschafts- presse noch ihre Fortsetzung finden.

Im Anschluß an diesen Tagesordnungspunkt berichtete das Bundesvorstandsmitglied Sabath über die Verhandlungen mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund) über die Frage der Zusammenfassung der Hand- und Kopfarbeiter zu einer gewerkschaftlichen Organisation. Wie weit eine solche Zusammenfassung reichen soll, darüber gehen die Meinungen noch recht weit auseinander, um so mehr, da es Berufe gibt, bei denen die Gruppierung Schwierigkeiten verursacht. Es finden noch weitere Verhandlungen über diese Angelegenheiten statt.

Der Verband der Berufsfeuerwehrmänner (9500 Mitglieder) wurde in den A. D. G. B. aufgenommen.

Ein der letzten vorher behandelten Fragen verwandtes Gebiet behandelte der Bericht der Kommission, betreffend die Industrieorganisation. Berichterstatter war Genosse Dikmann. Die Kommission ist in voller Tätigkeit und bemüht, dem Gebot der Zeit Rechnung zu tragen. Sie wird in der nächsten Sitzung bestimmte Vorschläge machen können. Einkreisen sind noch weitere Verhandlungen nötig und der Redner ersuchte die Verbandsverbände, den Einladungen dazu zu folgen. Die Kommission behandelte ebenfalls die Frage des Gewerkschaftsrechts. Da der verstorbene Genosse Brückmann Mitglied dieser Kommission war, wurde der Zinn-Verband ersucht, einen neuen Vertreter in diese Kommission zu entsenden.

In vorgerückter Zeit entspann sich noch eine längere Auseinandersetzung über die Schlichtungsordnung. Genosse Adolf Cohen (Bundesvorstand) berichtete über den Gesetzentwurf, soweit er jetzt liegt. Die Mitwirkung der Gewerkschaften hat erfreuliche Verbesserungen des ursprünglichen Entwurfs erzielt und es wird die Aufgabe der Leitervertreter im Reichstag sein, dafür zu sorgen, daß die bisher ausgebrochenen Gistabne bei den Verhandlungen im Reichstag nicht wieder eingeschleppt werden. Eine längerer Aussprache entspann sich über die Verbindlichkeitsklärung der Schiedssprüche und über etwaige Streiks in

gemeinnützigen Betrieben. Es soll natürlich versucht werden, in betreff der noch vorhandenen Bestimmungen, die der Arbeiterschaft nachteilig sind, eine zweckdienlichere Lösung zu finden.

Es war eine sehr umfangreiche und wichtige Tagesordnung, die der Ausschuß diesmal zu erledigen hatte, und daß sie mit Ausnahme der noch nicht spruchreifen Sachen erledigt werden konnte, ist nur der Arbeitsfreudigkeit und dem kameradschaftlichen Zusammenwirken sämtlicher Teilnehmer zu danken. Die Ausschußmitglieder gingen in dem Gefühl auseinander, wieder einmal ein Stück praktischer Gewerkschaftsarbeit verrichtet zu haben.

Das Oberschiedsamt.

Zweite Sitzung am 29. und 30. Oktober 1920 in Berlin, Hotel „Russischer Hof“.

Streitfall Nr. 28.

Sachverhalt: Das Gauschiedsamt für Nord- und Ostdeutschland lehnte am 18. Mai den Antrag auf Versetzung von Fürstenberg (Wefer) von Ortsklasse 2b nach 2a ab. Durch den beim Oberschiedsamt erhobenen Einspruch wurde ein anderes Resultat nicht erzielt.

Schiedsspruch zu Nr. 28.

Der Schiedsspruch wird bestätigt und dahin erkannt, daß Fürstenberg in Ortsklasse 2b verbleibt.

Begründung: Nach der Gesamtheit der Umstände trägt Fürstenberg überwiegend ländliches Gepräge, so daß die Lebenshaltung der Ortsklasse 2b entspricht. Dabei ist insbesondere berücksichtigt, daß eine verteuerte Industriegegend sich nicht in der Nähe befindet. Der angeführte Grund, es handle sich um einen teuren Kurort, kann nicht als zutreffend anerkannt werden.

Streitfall Nr. 29.

Sachverhalt: Die Firma Porzellanfabrik Schirnding N.-G. hatte beim Gauschiedsamt für Oberfranken und Oberpfalz beantragt, Schirnding von Ortsklasse 2a nach 2b zu versetzen. Dieser Antrag wurde in der Sitzung vom 23. Juli abgelehnt und die Firma wandte sich deshalb mit dem gleichen Antrag an das Oberschiedsamt.

Schiedsspruch zu Nr. 29.

Der Antrag wird abgelehnt und unter Bestätigung des angefochtenen Schiedsspruches das Verbleiben von Schirnding in der Ortsklasse 2a angeordnet.

Begründung: Es ist nicht zu verkennen, daß die Sache einen Grenzfall in der Beurteilung darstellt. Jedoch sprechen nach Ansicht des Oberschiedsamtes überwiegende Gründe dafür, daß die Lebenshaltung mehr zu der Ortsklasse 2a als zu 2b gehört. Dafür spricht nämlich vor allem das nächst Schirnding gelegene Bergwerk und dessen zu einem nennenswerten Teil ausländische Arbeiterschaft, die durch einen regen Verkehr nach ihrer Heimat die Lebensverhältnisse verteuert. Dazu kommt weiter, daß die Arbeiterschaft in Schirnding nicht in der Lage ist, sich zur Ergänzung ihrer Lebenshaltung Vieh und ländliche Erzeugnisse in wesentlichem Umfange selbst zu ziehen. Endlich fällt auch mit in die Waagschale, daß verschiedene in der Nähe gelegene Orte in der Ortsklasse 2a sich befinden, wie Schlotterhof und Arzberg. Wenn Hohenberg in die Ortsklasse 2b eingeordnet wurde, so sprachen seinerzeit dafür ganz besondere tatsächliche Umstände mit, die nur für diesen Platz, aber nicht in demselben Maße für Schirnding zutreffen.

Streitfall Nr. 30.

Sachverhalt: Der Antrag auf Versetzung des Ortes Annaburg von Ortsklasse 2b nach 2a wurde vom Gauschiedsamt für Nord- und Ostdeutschland in der Sitzung vom 18. Mai abgelehnt, weshalb Einspruch beim Oberschiedsamt erhoben wurde.

Schiedsspruch zu Nr. 30.

Der Antrag auf Versetzung in die Ortsklasse 2a wird abgelehnt, so daß Annaburg in der Ortsklasse 2b verbleibt.

Begründung: Annaburg liegt inmitten einer rein ländlichen Umgebung. Die hier fragliche Firma ist das einzige industrielle Unternehmen am Platze. Die Entfernung nach Wittenberg ist erheblich. Die Wohnungsmieten sind verhältnismäßig billig. Alle diese Umstände sprechen dafür, daß die Lebenshaltung nach Klasse 2b zu bewerten ist.

Streitfall Nr. 31

betrifft die Erledigung des Spruches des Oberschiedsamtes vom 30. Juni 1920, betreffend Spitzenbelegerinnen der Kellerten Porzellanfabrik (Schiedsspruch Nr. 6).

Beide Parteien erklären, daß die Ermittlungen ergeben haben, daß männliche Arbeiter, welche gleichgeartete Arbeiten herstellen, nicht vorhanden sind. Die Spitzenbelegerinnen sind des-

halb nach den Lohnsätzen für Facharbeiterinnen zu entlohnen. Den Parteien ist davon Kenntnis gegeben, daß nach dem Wunsch des Oberschiedsamtes die in Betracht kommenden Arbeiterinnen freiwillig über die normalen Lohnsätze für Facharbeiterinnen entlohnt werden möchten.

Streitfall Nr. 32.

Sachverhalt: Durch Schiedsspruch des Gauschiedsamtes Thüringen vom 7. Juli wurde Wallhausen a. d. Helme mit Wirkung ab 15. Juni von Ortsklasse 2b nach 2a versetzt. Gegen diesen Schiedsspruch erhob die Firma C. Carstens Einspruch.

Schiedsspruch zu Nr. 32.

Der angefochtene Schiedsspruch wird bestätigt. Wallhausen bleibt demgemäß mit Wirkung vom 15. Juni 1920 in der Ortsklasse 2a. Das Oberschiedsamt bringt gleichzeitig zum Ausdruck, daß selbstverständlich mit dieser Versetzung nur die Mindestlöhne und Akkordbasen der Ortsklasse 2b zur Ortsklasse 2a die entsprechende Erhöhung erfahren, nicht aber die effektiv gezahlten Löhne, soweit sie bereits die Höhe der Klasse 2a erreicht hatten.

Begründung: Die dargelegten Umstände haben in ihrer Gesamtheit dem Oberschiedsamt die Ueberzeugung beigebracht, daß Wallhausen überwiegend industriellen Charakter trägt und die Lebenshaltung demgemäß sich der Ortsklasse 2a anpaßt; insbesondere wird dies durch die Höhe der Mieten bestätigt.

Streitfall Nr. 33.

Sachverhalt: Das Gauschiedsamt Thüringen versetzte Kleindembach durch Schiedsspruch vom 7. Juli von Ortsklasse 2b nach 2a. Die Firma Porzellanmanufaktur Union rief gegen diesen Schiedsspruch das Oberschiedsamt an.

Schiedsspruch zu Nr. 33.

Unter Aufhebung des Schiedspruches 153 wird dem Einspruch stattgegeben und das Verbleiben von Kleindembach in der Ortsklasse 2b angeordnet.

Begründung: Kleindembach ist ganz offensichtlich ein ländlicher Ort, insbesondere liegt er, wenn auch in einer gewissen Nähe zu Böhned, doch zweifellos in ländlicher Umgebung, verfügt auch nur über 400—500 Einwohner und weist Preise auf, die im allgemeinen durchaus die Linie der ländlichen Lebenshaltung nicht übersteigen. So halten sich u. a. die Mieten in den Grenzen der Mietpreise von ländlichen Bezirken.

Streitfälle Nr. 34 und 35.

Sachverhalt: Gegen den Schiedsspruch des Gauschiedsamtes Thüringen vom 7. Juli 1920, nach welchem die Orte Sigendorf und Unterweißbach mit Wirkung vom 15. Juni 1920 von Ortsklasse 2b nach 2a versetzt wurden, erhoben die Firmen Sigendorfer Porzellanfabrik, Alfred Voigt und Alteste Volkstedter Porzellanfabrik H.-G., Einspruch.

Schiedsspruch zu Nr. 34 und 35.

Die Entscheidungen des Gauschiedsamtes werden aufgehoben, und die Orte Sigendorf und Unterweißbach haben demgemäß in der Ortsklasse 2b zu verbleiben.

Begründung: Auch hier handelt es sich, wie nicht zu erkennen ist, um Grenzfälle. Wenn auch der Touristenverkehr mit in Betracht zu ziehen ist, so kann dies allein doch nicht nach der besonderen Sachlage hier ausreichen, um die beiden Orte nach 2a zu versetzen, da die Gesamtheit der übrigen Umstände dafür spricht, daß sie überwiegend ländlichen Charakter tragen. Dafür spricht u. a. der sehr erhebliche eigene Hausbesitz der Bevölkerung und die Möglichkeit, sich in viel weitergehendem Umfang zu besseren ländlichen Bedingungen Lebensmittel zu verschaffen, als wie dies in Orten der Ortsgruppe 2a der Fall wäre.

Streitfall Nr. 36.

Sachverhalt: Der Antrag auf Versetzung des Ortes Stützerbach von Ortsklasse 2b nach 2a wurde vom Gauschiedsamt Thüringen in der Sitzung vom 7. Juli abgelehnt. Unsere Kollegen wandten sich deshalb an das Oberschiedsamt.

Schiedsspruch zu Nr. 36.

Der angefochtene Schiedsspruch wird aufgehoben und die Versetzung von Stützerbach in die Ortsklasse 2a ausgesprochen mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab.

Begründung: Dem Oberschiedsamt ist bekannt, daß in Stützerbach eine hochentwickelte Glasindustrie ist, die durch besonders hohe Löhne auf die Lebenshaltung verteuerns einwirkt, und die einen wesentlichen Teil der Industrie am Platz darstellt. Mit Rücksicht hierauf ist die Versetzung nach Klasse 2a gerechtfertigt. Die Wirkung hat rückwirkend vom 1. Oktober 1920 einzusetzen, wobei die diesbezügliche Bestimmung in dem neuen Reichsarif unter § 2, letzter Absatz, in Betracht gezogen wurde.

Streitfall Nr. 37.

Sachverhalt: Durch Schiedsspruch des Gauschiedsamtes Thüringen vom 7. Juli wurde Großbreitenbach von Ortsklasse 3 nach 2b versetzt. Gegen diesen Schiedsspruch riefen die dortigen Firmen das Oberschiedsamt an und machten u. a. geltend, die ungünstige Geschäftslage lasse die Entlohnung nach einer höheren Ortsklasse als der 3. nicht zu.

Schiedsspruch zu Nr. 37.

Der angefochtene Schiedsspruch wird mit der Maßgabe aufrecht erhalten, daß Großbreitenbach mit Wirkung vom Tage des bestätigten Schiedspruches, also vom 7. Juli 1920, in der Ortsklasse 2b zu verbleiben hat.

Begründung: Der ländliche Charakter von Großbreitenbach ist mit Rücksicht auf eine Reihe von Umständen, die hier zusammenwirken, nicht derart überragend, daß die Ortsklasse 3 noch gerechtfertigt wäre. Für eine Einordnung in Klasse 2b sprechen insbesondere die verschiedenartigen, immerhin doch zusammen recht beträchtlichen Industriezweige, die an diesem Platz bestehen, ferner die Einwohnerzahl von etwa 3500 Seelen, schließlich auch der Umstand, daß in einem ausdrücklich vorgebrachten, gleichfalls am Platze geltenden anderen Tarif, nämlich dem Holzarbeitertarif, ebenfalls nicht die letzte Tarifklasse maßgebend ist. Insofern unterscheiden sich somit die hier vorliegenden Verhältnisse wesentlich von denjenigen Plätzen, die zur Ortsklasse 3 gehören. Nach ständiger Rechtsübung des Oberschiedsamtes kann die als ungünstig geschilderte Geschäftslage der Firmen bei der Frage der Einordnung des Ortes in die Ortsgruppen keine Berücksichtigung finden.

Streitfall Nr. 38.

Sachverhalt: Gegen den ablehnenden Schiedsspruch des Gauschiedsamtes Thüringen vom 7. Juli riefen unsere Mitglieder das Oberschiedsamt an und beantragten die Versetzung des Ortes Raghütte von Ortsklasse 2b nach 2a.

Schiedsspruch zu Nr. 38.

Der angefochtene Schiedsspruch wird bestätigt und demgemäß das Verbleiben von Raghütte in Ortsklasse 2b angeordnet.

Begründung: Die Verhandlung hat ergeben, daß Raghütte überwiegend ländliche Verhältnisse aufweist und keine Umstände vorhanden sind, die entscheidend für eine Versetzung nach der Ortsklasse 2a mitsprechen könnten.

Streitfall Nr. 39.

Sachverhalt: Unsere Mitglieder riefen gegen den ablehnenden Beschluß des Gauschiedsamtes Thüringen vom 7. Juli das Oberschiedsamt an und beantragten die Versetzung von Laasdorf von Ortsklasse 2b nach 2a.

Schiedsspruch zu Nr. 39.

Der angefochtene Schiedsspruch wird bestätigt und demgemäß das Verbleiben von Laasdorf in Ortsklasse 2b angeordnet.

Begründung: Die Verhandlung hat ergeben, daß keine Gründe vorliegen, die eine Versetzung von Laasdorf nach Klasse 2a rechtfertigen könnten.

Aus unserem Berufe.

Aus der Oberpfalz. Die kapitalistische Presse, allen voran die volksparteilichen Blätter, sind es, die seit der Revolution sich jeden Tag überbieten in der Beteuerung, daß die achtstündige Arbeitszeit unser wirtschaftliches Leben zerrütete. Immer wieder verweisen sie darauf, daß auf Grund der achtstündigen Arbeitszeit eine Verminderung unserer Produktion eingetreten sei; die ungeheure Teuerung sei zum größten Teil der verkürzten Arbeitszeit zuzuschreiben.

Wahrheitsliebende, nicht auf demagogische Kniffe bedachte Unternehmer kommen jedoch zu einem anderen Urteil über den Wert der verkürzten Arbeitszeit.

Das Werk Schönheit, zugehörig zur Porzellanfabrik Eirschenreuth H.-G., welches sich mit der Gewinnung von Kapselerde befaßt, hat auf Grund einer besseren durchgeführten Arbeitsmethode mit derselben Belegschaft und trotz der achtstündigen Arbeitszeit 11 000 Tonnen Kapselerde mehr gefördert als in den Vorjahren.

Hier ist einmal gründlich das ewig-dumme Geschreibsel der Unternehmerblätter von der Produktionsminderung, verschuldet durch die Faulheit der Arbeiter und die verkürzte Arbeitszeit, widerlegt.

Vorstehendes ist ein glänzendes Schulbeispiel dafür, wie bei zweckmäßiger Durchführung des Arbeitsprozesses auch bei acht Stunden Arbeit die Produktion gesteigert werden kann. Eine kurze Arbeitszeit wirkt bis zu einem gewissen Grade vermehrend

und nicht vermindern auf die Masse des Produktes ein. Und warum? Weil der Arbeiter mit rüstigem und ausgeruhtem Körper zur Arbeitsstätte kommt, daher schaffensfreudiger ist.

Gräfenenthal. In einer stark besuchten Versammlung der Porzellanarbeiter, zu welcher sich eine große Anzahl Funktionäre des Bezirkes eingefunden hatte, referierte Kollege Erdmann über die letzten Lohnverhandlungen in Berlin. Redner ging in ausführlicher Weise auf die zu überwindenden Schwierigkeiten ein, die sich bei diesen Verhandlungen bemerkbar machten. Seien auch ein großer Teil Wünsche und Forderungen nicht erfüllt worden, so müsse doch zugestanden werden, daß für einen großen Teil von Mitgliedern, besonders diejenigen mit großer Kinderzahl, wesentliche Verbesserungen erreicht worden seien. An der Hand einiger Beispiele bewies er, daß auch am hiesigen Orte sich Familien befänden, denen die eingeführten sozialen Zulagen bis zu 80 Mk. pro Woche und darüber hinaus Lohnaufbesserung brächten. Weiter bekomme jedes Mitglied eine Wirtschaftsbeihilfe von einem Wochenverdienst; für die Arbeiter in der Luxusindustrie müsse 1½ Wochenlohn als Wirtschaftsbeihilfe gezahlt werden. In Anbetracht dieser Zugeständnisse der Unternehmer glaubte der Referent, es nicht verantworten zu können, ohne Lohnvertrag nach Hause zu gehen, nur deshalb, weil nicht alle Forderungen erfüllt worden seien. In der Diskussion wird von den meisten Rednern anerkannt, daß wieder eine Verbesserung erreicht worden sei, und daß die Unterhändler unserer Organisation richtig gehandelt haben. Tief bedauert wurde aber, daß die Gleichstellung der Luxusindustrie mit der übrigen Industrie noch nicht erreicht worden sei und wird die Verwaltung beauftragt, alles in die Wege zu leiten, daß bei den künftigen Lohnverhandlungen die Gleichstellung erreicht wird.

Nieder-Salzbrunn. In der Porzellanfabrik von Hermann Ohme gibt zu andauernder Beunruhigung der Arbeiterschaft der Oberexpedient Greiner Veranlassung. Wiederholt kam es mit diesem „Herrn“ zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Arbeitnehmern sowie den Mitgliedern des Arbeiterrates des Betriebes. Während des Generalstreiks, aus Anlaß des Rapp-Putschs, erging sich der Oberexpedient in aufreizenden Äußerungen gegen die Streikenden. Die Angestellten des Betriebes waren (außer Herrn Greiner, der sich in den Tagen des Streiks als Pader betätigte) geschlossen am Streik beteiligt. Nach Beendigung des Streiks wollten die Arbeitnehmer des Betriebes mit diesem Herrn, der die Arbeiterinnen „Säue“ nannte, der in der tariflosen Zeit, nach den gescheiterten Verhandlungen in Leipzig, in der Druckerei herumbrüllte: „Jetzt hat Euer Verband nichts mehr zu sagen!“, der ständig im unhöflichen Tone den Arbeitnehmern begegnete, nicht mehr zusammenarbeiten. Die Arbeiter wollten die Arbeit nicht früher aufnehmen, bis dieser Herr entlassen werde. Die Organisationsleitung bemühte sich um den Frieden. Herr Direktor Bauer nahm sich des Herrn Greiner liebevoll an und machte die Vertreter der Arbeiterschaft auf seine Gestalt, die nicht mehr die eines Herrschers war, aufmerksam. Seine Familienverhältnisse wurden ins Feld geführt und eine schriftliche Erklärung des Herrn Greiner, worin er sich verpflichtete, keinen Anlaß zur Beschwerde mehr zu geben, führten dazu, daß die Arbeiterschaft des Betriebes die gestellte Forderung zurücknahm. Eine kurze Zeit schien der Frieden gesichert. Aber (nach Annahme der Arbeiterschaft), gestützt durch die Betriebsleitung, erschien er wieder auf dem Plan und versuchte nun, den Arbeiterrat in der Ausübung seiner Tätigkeit zu hindern. Er glaubte, dem Arbeiterrat vorschreiben zu können, was er zu tun und zu lassen hätte. Das Vorgehen des Herrn Greiner, sowie die teilweise Nichtinhaltung gegebener Zusagen bei Verhandlungen mit der Betriebsleitung führten dazu, daß sich der Arbeiterrat der Firma gezwungen sah, seine Tätigkeit einzustellen. Es kam nun, da die Arbeiterschaft des Betriebes Stellung dazu nehmen wollte, zu Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung, dem Arbeiterrat, den Organisationsvertretern am Ort, sowie dem Betriebssekretär des Bezirkes. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß der Störenfried, Herr Greiner, den persönlichen Verkehr mit der Arbeiterschaft aufgeben muß und alle geschäftlichen Anordnungen mit den Abteilungsangestellten treffen hat. Ferner wurde seine Tätigkeit in die Räume der früheren Expedition verlegt. Von seinem Posten als Betriebsratsmitglied trat er zurück. Der Arbeiterrat hat unter diesen Bedingungen seine Tätigkeit wieder auf. An diese Verhandlungen schloß sich eine Betriebsversammlung, in der das Verhalten der Betriebsleitung und des Herrn Greiner aufs scharfe verurteilt wurde.

Die Versammlung gab einstimmig folgende Erklärung ab: Die in Nieder-Salzbrunn im „Schloß zur Eisenbahn“ tagende Betriebsversammlung der Firma Hermann Ohme nahm Kenntnis von der Einstellung der Tätigkeit der Arbeiterratsmitglieder im Betriebe. Die Arbeitnehmer erkennen voll und ganz an, daß

der Arbeiterrat auf Grund der Schwierigkeiten, die ihm in der Ausübung des Amtes von Seiten der Betriebsleitung gemacht wurden, nicht anders handeln konnte. Sie nehmen den Bericht entgegen von den Vorverhandlungen im Betriebe, sprechen dem Arbeiterrat ihr vollstes Vertrauen aus und versichern, nach wie vor geschlossen hinter dem Betriebsrat zu stehen.

U. d. G. I. l. m. e. r.

Schleusingen. Im allgemeinen ist die Lebenshaltung eine sehr teure. Die Arbeiter aller Berufe werden genötigt, ihre Lebensverhältnisse besserzustellen. Auch in der Porzellanindustrie haben wir kleine Erfolge zu verzeichnen, doch sind wir gegenüber anderen Berufen weit zurück. In Schleusingen tritt das besonders kraft zutage. Vor dem Kriege betrug in der Porzellanfabrik die Löhne höchstens 17 Mk. pro Woche. Jetzt können wir feststellen, daß gegenüber anderen Fabriken mit gleicher Fabrikation wir die niedrigsten Löhne zu verzeichnen haben. Selbstverständlich trägt die hiesige Arbeiterschaft ein großes Teil Schuld, indem sie sich der Organisation ferngehalten, lieber in Almbimvereinen ihr Heil gesucht hat. Die Arbeiterschaft war sich ihrer Lage nicht voll bewusst und lieferte sich dem Unternehmer willenlos aus. Das waren „goldene Zeiten“, die Heimarbeit stand in höchster Blüte.

Gegenwärtig sind alle Arbeitskollegen und -kolleginnen organisiert und haben die größte Hoffnung, daß dies für die Zukunft auch so bleibt. Nun, um auf der Alfordbasis auf die Tariflöhne zu kommen, ist es nötig, daß die Stückpreise einzeln aufgebessert werden. Das ist in unserem Betrieb sehr schwer. Hier rächen sich die vor dem Kriege zu niedrig gesetzten Alfordpreise. Hat ein Kollege einen Artikel ausprobiert, hauptsächlich aus der mittleren und niedrigeren Preislage, und wird vorstellig, um den Tariflohn zu erreichen, wird in den wenigsten Fällen die Aufbesserung gewährt. Die Antwort des Chefs ist vorwiegend, in dieser Preislage könnte er nicht verkaufen. Schleusingen ist von Reichs wegen in die Klasse der teuren Orte eingereiht, demzufolge wir in die Tarifklasse 2a gehörten; trotz unseres Antrages sind wir in Klasse 2b verblieben. Der Tarif schreibt wörtlich, daß der Durchschnittsarbeiter den Tariflohn verdienen muß, doch ein besserer Arbeiter über den Tarif kommen kann. Wie sind wir gestellt? Bessere Arbeiter kennt der Chef überhaupt nicht, bei ihm gibt es bloß Durchschnitts- und schlechtere Arbeiter. Infolgedessen ist es den Arbeitern nicht gegeben, den Tariflohn regelmäßig zu erlangen. Die Meinung des Chefs können wir keineswegs teilen.

Auf Grund der hier fabrizierten Artikel haben wir doch eine große Auswahl von Jardinieren, Vasen usw. zu verzeichnen, die qualifizierte Arbeiter beanspruchen.

Wir fragen nun: Wie ist es möglich, daß es Fabrikanten in Klasse 2b gibt, die angeben, die Forderungen der Arbeiter seien zu hoch, um den Artikel verkaufen zu können? Unseres Erachtens ist dies nicht denkbar, da doch seitens des Unternehmerverbandes die Verkaufspreise geregelt sind. Wir geben zu, daß durch bessere technische Einrichtungen des Betriebes die Verhältnisse sich günstiger gestalten ließen, als in einem aus der alten Zeit noch bestehenden Betriebe.

Schleusinger Kollegen und Kolleginnen! An Euch liegt es nun, heraus aus Eurem alten Stumpfsinn, tretet ein als Kämpfer für bessere Löhne, die an das heranreichen, was zur Nothdurft unbedingt nötig ist. Der gegenwärtige Lohn reicht bei weitem nicht zu, die Ernährung und Bekleidung, sowie andere Bedürfnisse zu decken. Kauft Euch auf, es stehen uns noch schwere und ernste Kämpfe bevor.

Wittenberg. Der Obermaler U. war von der hiesigen Steingutfabrik Union zum Eintritt am 1. Oktober 1920 engagiert. Infolge Passchwierigkeiten verzögerte sich der Antritt der Stellung um 9 Tage. Die Firma kürzte demzufolge das Gehalt des Obermalers um 200 Mk. als teilweiser Ausgleich für die Zeit, die der „Ober“ nach dem 1. Oktober noch nicht im Geschäft sich betätigen konnte. Der Obermaler glaubte Anspruch auf Bezahlung für die Zeit vom 1. Oktober ab zu haben und reichte Klage beim Gewerbegericht Wittenberg ein auf Nachzahlung der zu Unrecht einbehaltenen 200 Mk. Das Gewerbegericht wies den Kläger mit seiner Klage ab mit der Begründung, daß die Firma nur für die Zeit zahlungspflichtig sei, für die der Kläger ihr mit seinen Diensten zur Verfügung stand.

Vermischtes.

An die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes! In Berlin hat sich ein Reichsausschuß für Vieh- und Fleischverkehr gebildet, der sich die Kontrolle der Vieh- und Fleischpreise zur Aufgabe gestellt hat und versuchen will, auf eine Senkung der Preise hinzuwirken. In diesem Hauptausschuß sind auch Vertreter der Verbraucher und als solche die Gewerkschaften

treten. Der Hauptausschuß hat in einer Reihe von Bezirken unterausschüsse eingesetzt. Es ist wünschenswert, daß auch zu diesen die Gewerkschaften durch ihre Ortsausschüsse Zutritt zu erlangen suchen, und es wird weiter empfohlen, daß als Vertreter der Gewerkschaften auch ein Fachmann aus dem Fleischiereigengewerbe hinzugezogen wird. Der Zentralverband der Fleischer und Metzgergenossen Deutschlands, Berlin O. 27, Dirschstr. 4, ist bereit, kundige und erfahrene Genossen als Beisitzer den Ortsausschüssen zu bezeichnen.

Zur Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen. Wie der Reichsarbeitsminister der Sozialpolitischen Abteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 1. Dezember 1920 mitteilen ließ, sollen bei Bekanntmachungen im „Reichsarbeitsblatt“, betreffend die allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen, möglichst nach Möglichkeit alle am Vertragsabschluß beteiligten Berufe namhaft gemacht werden.

Versammlungsberichte.

Coburg. Unsere am 19. Dezember in der „Hofbrauhaus-Bierhalle“ stattgefundene Generalversammlung war von zirka 300 Mitgliedern besucht. Kollege Brand erhielt das Wort zum Geschäfts- und Kassenbericht. Aus demselben geht hervor, daß im Laufe des Jahres 1920 9 Zahlstellenversammlungen, sowie 11 Verwaltungs- und Betriebsratssitzungen stattgefunden haben. Außerdem machten noch 11 Betriebsversammlungen notwendig. Eingänge fanden ihre Erledigung; Uebertritte wurden 100, und Neuanmeldungen vollzogen, so daß der Mitgliederbestand der Zahlstelle auf 955 gelangt ist.

Der Kassenbericht schließt pro 4. Quartal 1920 mit einer Einnahme von 20 523 Mk. und einer Ausgabe von 19 412 Mk. ab. Die Bilanzen berichteten, daß die Bücher und Belege geprüft und alles in bester Ordnung vorgefunden, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde.

Die Verwaltungswahl ging glatt vonstatten und wurden sämtliche Verwaltungsmitglieder einstimmig gewählt.

Zu Punkt „Verschiedenes“ gab zunächst Kollege Brand den Kassenbericht und hob hervor, daß durch die Betriebsräte und andere zur Bildung der Arbeiterschaft gemachte Anstaltungen (Kunstabende), die Kartellkasse ganz erheblich beigetragen wurde und naturgemäß ein Ausgleich durch Erhöhung der Beiträge geschaffen werden müsse. Er ersucht die Mitglieder um ihre Zustimmung. Im weiteren wurde an dem bestehenden Tarif intern Kritik geübt, daß für die sonstigen Arbeiter zu wenig getan worden sei, und der Hauptvorstand aufgefordert, in Zukunft energischer die letzteren einzutreten. Kollege Brand erwiderte, daß es wohl richtig sei, daß die sonstigen Arbeiter noch schlecht entlohnt würden. Die Schuld trafe aber doch nicht den Vorstand, sondern läge daran, daß die Unternehmer zu wenig Verständnis in dieser Frage gezeigt hätten. Wären doch dieselben mit der Absicht nach Dresden gekommen, nicht nur einen Abbau der Löhne, sondern auch eine Verschärfung des Manteltarifs herbeizuführen. Er habe doch schon früher darauf hingewiesen, unter welcher schwierigen Verhältnissen dieser Vertrag zustande gekommen sei und forderte die Mitglieder auf, nicht nur Kritik an dem Vorstand oder den Vertretern zu üben, sondern jeder seine eigene Sache selbst mit Hand anlegen; dann würde auch mit Bewußtsein auf Erfolg zu rechnen sein.

Rotthappel. Am 10. Dezember 1920 hielt unsere Zahlstelle Generalversammlung ab, zu welcher sich 118 Mitglieder eingeladen hatten. Der Bericht des Betriebsrates bildete den 1. Teil der Tagesordnung. Nach eingehender mehrmaliger Behandlung der Materie zur Verbesserung der Erzeugnisse sollen, soweit zurzeit möglich, technische Veränderungen vorgenommen werden, bis eine gänzliche Umgestaltung veralteter Einrichtungen möglich ist.

In der Vermächtnisangelegenheit wurde den Beschäftigten des Betriebes der Porzellanfabrik eröffnet, daß von Seiten der Erben des Nachlasses des verstorbenen Herrn Kunzsch jen. 30 000 Mk. als Unterstützungsfonds außerhalb des Betriebes für die Arbeiterschaft abgelegt seien, wozu jährliche Zuwendungen je nach Geschäftsgang von Seiten der jetzigen Firmeninhaber in Aussicht gestellt wurden. Der einen 5- oder 10prozentigen Lohnzuschlag bei Eintritt des Lohnaufschlages für Arbeiter, welche mindestens 15 oder 20 Jahre im Betriebe tätig sind, sollen feste Beihilfen von Seiten der Firma in Kürze erhalten und danach dem Betriebsrat unterbreitet werden.

Große Enttäuschung erregte es in den Kreisen der Betriebsbeschäftigten, daß trotz mehrfacher Versprechen keinem Teile der Arbeiterschaft direkte Zuwendungen von Seiten des Verstorbenen gemacht wurden, obgleich ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft 10 bis 15 Jahre ihre Arbeitskraft dem Unternehmen widmete und die Kosten der Hinterlassenschaft mehrere Millionen betragen soll.

Wegen Mangel an Aufträgen soll in der Zeit vom 23. Dezember 1920 bis 6. Januar 1921 (14 Tage!) der Betrieb geschlossen werden. Die Arbeiterschaft nimmt Kenntnis von diesem Vorhaben, doch der festen Zuversicht, daß von Seiten der Firma ein Zuschuß bewilligt und dies zu vermitteln der Betriebsrat beauftragt wird.

Bei der Verwaltungswahl im zweiten Teil der Tagesordnung wurden ohne weitere Vorschläge „die Alten“ wiedergewählt.

Auf Antrag der Verwaltung wird hierauf unter „Verschiedenes“ beschlossen, den Arbeitslosen unserer Zahlstelle eine Beihilfeunterstützung in Höhe von 50 Mk. für Verheiratete und 30 Mk. für Ledige zu gewähren.

Eine Zuschrift von der Leitung des Dresdener Alberttheaters, betreffend die Gründung einer Volksbühne in Dresden, wird dahin beantwortet, daß wir im Prinzip gegen die Gründung keine Einwendungen haben, doch durch die gegebenen Zeitverhältnisse eine Befürwortung dieser Angelegenheit zurzeit nicht geeignet erscheint. Mit Interesse hat die Versammlung Kenntnis von dem Abgang unseres

Galleiters Martin Hirsch genommen und soll ihm an dieser Stelle nachträglich die vollste Anerkennung für seine geleisteten Arbeiten in unserer Zahlstelle und die besten Wünsche im Felde seiner neuen Tätigkeit ausgesprochen werden. Ein von der Zahlstelle veranstalteter „Walfotte-Abend“ brachte unserem Unterstützungsfonds 873 Mk.

Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Einteilung unserer Arbeitszeit. Ein Teil tritt ein für Arbeitsbeschluß am Sonnabend mittag, der andere Teil stimmt dem zu, ohne jedoch die tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden zu durchbrechen. Ist doch wohl der letzte Rest revolutionärer Errungenschaft die achtstündige Arbeitszeit (nicht aber die 48stündige Wochenarbeit), die hochzuhalten Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft sein sollte, und die man, um am Sonnabend früher aufhören zu können, nicht außerhalb unserer Prinzipien stellen sollte.

Einstimmig wurde folgender Antrag angenommen: „Den Hauptvorstand zu ersuchen, nach Ablauf des Manteltarifes dahin zu wirken, daß die Arbeitszeit am Sonnabend mittag beendet ist, ohne jedoch die tägliche achtstündige Arbeitszeit zu durchbrechen und die Arbeitszeitverkürzung durch Lohnverbesserung wettzumachen.“

Am Schluß der Versammlung dankt der Vorsitzende für das Vertrauen, das der Gesamtverwaltung auch für das „neue Jahr“ entgegengebracht wurde. Sowie die Verwaltung nicht Mühe und Arbeit scheuen wird, um den gestellten Anforderungen gerecht zu werden, trage auch von den Mitgliedern ein jeder seinen Teil dazu bei, innerhalb der Gewerkschaften unsere Positionen zu sichern; denn mehr wie je ist es notwendig, einen Block zu bilden, eine einig, feste und in jeder Beziehung entschlossene Arbeitermasse, um zu erreichen, daß die Gelüste der Herrschenden noch im Keime erstikt werden.

An die Zahlstellenkassierer!

Um schnelle Einsendung der Formulare mit den Adressen der Zahlstellenverwaltungen für das Jahr 1921 wird dringend ersucht.
Das Verbandsbureau.

Versammlungs-Anzeigen.

- Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.**
- Annaburg.** Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Berlin-Charlottenburg.** Sonnabend, den 29. Januar, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Staatlichen Porzellan-Manufaktur.
- Blankenhain.** Sonnabend, den 15. Januar, bei Klein.
- Oberkotau.** Jeden 2. Montag im Monat.
- Berl.-Anzeige.**
- Plaue.** Sonntag, den 16. Januar, nachm. 3 Uhr, im „Gasthaus zum Adler“: Abschluß.

Berlin-Charlottenburg.

Gedenkfeier

zur Verschmelzung der beiden Zahlstellen Berlin-Charlottenburg am Sonnabend, 29. Januar, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Staatl. Porzellanmanufaktur, Station: Stadtbahnhof Tiergarten.

Indem wir einige genussreiche Stunden in Aussicht stellen können, erwartet eine zahlreiche Beteiligung
Die Verwaltung.

Breslau. Sektion der Figuristen.

Sonntag, 23. Januar: Bunter Abend im Lokal zum „Lessing“, Adalbertstraße. Die Sektionsleitung.

Quittung.

Für die frankten und invaliden Kollegen der Zahlstelle Waldburg i. Schlesien, Herrmann Renner, Philipp Widert, August Rischner und Wilhelm Gabling, gingen nachfolgende Beiträge von den Zahlstellen ein: Althaldensleben 60,—; Annaburg 40,—; Altwasser (ungenannt) 10,—; Altwasser (Angestellte) 87,—; Berlin 80,—; Breslau 10,—; Bonn 30,—; Burgau 20,—; Brattendorf 15,—; Brambach 10,—; Blankenhain 10,—; Colditz 20,—; Köln 10,—; Coburg 50,—; Elmshorn 40,—; Elberfeld 20,—; Elsterwerda 40,—; Frankfurt a. d. Oder 40,—; Freiberg i. Sa. 20,—; Flörschheim 20,—; Grünheim 10,—; Gotha 10,—; Gräfenhainichen 20,—; Hennigsdorf 20,—; Hermdorf 20,—; Hohenberg a. d. Elbe 20,—; Hornberg 10,—; Jecha 40,—; Königszelt 50,—; Köpplisdorf 120,—; Kloster Weilsdorf 40,—; Kahla 40,—; Karlruhe 40,—; Ilmenau 40,—; Laasdorf 10,—; Lettin 20,—; Limbach 40,—; Mitterteich 30,—; Magdeburg 60,—; Margarethenhütte 40,—; Marktredwitz 60,—; Meuselwitz 20,—; Mannheim 20,—; Numa 40,—; Neuhaldensleben 40,—; Plaue 40,—; Rotthappel 30,—; Röthen 10,—; Passau 40,—; P. F. 20,—; Planckenhammer 10,—; Rodach 20,—; Rheinsberg 40,—; Rebau 40,—; Rößlau 15,—; Roschütz 15,—; Roglau 20,—; Rauenstein 20,—; Stadtlengsfeld 20,—; Spandau 30,—; Schorndorf 20,—; Schlierbach 50,—; Sorau (N.-L.) 40,—; Euhl 50,—; Selb-Plöbberg 60,—; Selb 280,—; Sophienau 40,—; Staffel a. S. 120,—; Schirnding 10,—; Schönwald 40,—; Scheibe 10,—; Schleusingen 20,—; Tiefenfurt 80,—; Teltow 80,—; Tettau 60,—; Vohrenstrauß 20,—; Weiden 20,—; Waldershof 30,—; Waldfassen 40,—; Weiskwasser 60,—; Widaau 30,— Mk. Summa: 3022,— Mk.

Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern herzlichen Dank.
Die Verwaltung der Zahlstelle Waldburg.
S. A.: Adolf Hillmer, Geschäftsführer.

Dank.

Für die mir anlässlich meiner andauernden Krankheit übermittelte Unterstützung in Höhe von 619,50 Mk. sage ich der Zahlstelle sowie der Direktion der Porzellanfabrik Kloster Weilsdorf meinen herzlichsten Dank.

Albrecht Adam Stanger, Zahlstelle Kloster Weilsdorf.

Aufforderung!

Im Januar vorigen Jahres erhielten alle Zahlstellenaffiiierer mit dem neuen Verwaltungsmaterial einen Block „Meldeformulare für Höher- und Rückversicherungen“ und auch mehrere Exemplare von dem Zirkular „Zur Beachtung für die Verwaltung und Revisoren“.

In diesem Zirkular hieß es in bezug auf die Höher- und Rückversicherungen unter anderem:

„Die Mitglieder, die eine Höher- oder Rückversicherung eingeben, sind auf einer hierfür bestimmten Liste (Nr. 20 des Materialverzeichnis) aufzuführen. Diese Liste ist mit der Quartalsabrechnung an die Hauptkasse einzusenden.“

Es ist selbstverständlich, daß nicht nur einzelne Höher- und Rückversicherungen dieser Meldepflicht unterliegen, sondern auch eine allgemeine Beitragsveränderung infolge Erhöhung der Beiträge, wie solche am 1. Juli 1920 eingetreten ist. Die Hauptkasse ist ja sonst außerstande, die eingetretene Beitragsveränderung in die Kartothek einzutragen.

Da bereits ein halbes Jahr verfloßen und ich trotz wiederholter Mahnungen die Meldung über die ab 1. Juli 1920 erfolgte Beitragsänderung von einer großen Anzahl Zahlstellen nicht erhalten habe, sehe ich mich gezwungen, auf diesem Wege die säumigen Zahlstellen an ihre Pflicht zu erinnern.

Es fehlen noch die Listen über die Beitragsveränderung ab 1. Juli 1920 von folgenden Zahlstellen:

Arzberg, Bayreuth, Dresden, Eisenberg, Elmshorn, Elsterwerda, Fraureuth, Freienort, Fürstenberg a. d. W., Gerschwenda, Goldammer, Gotha, Gräfenhain, Hennigsdorf, Hermesdorf, Hochstadt, Jecha, Kahlhütte, Königsee, Kups, Lauf, Limbach, Margarethenhütte, Markt-leuthen, Meuselbach, Oberhausen, Tschas, Osterode, Proßsig, Schwarzenberg, Schwanditz, Selb, Siegendorf, Steinbach, Steinwiesen, St. Georgen, Suhl, Tillowitz, Triptitz, Velten, Waldsassen, Wallhausen und Weisel.

Ich erlaube die Verwaltungen vorgenannter Zahlstellen, die Listen über die Beitragsveränderung umgehend einzusenden.
Wilh. Herben.

Briefkasten.

Verammlungsberichte aus Dresden, Fürstenberg a. d. W., München und Unterweißbach mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Tüchtiger Scheibenmodellent und zugleich Einrichter zum möglichst baldigen Antritt gesucht. Wohnung vorhanden. Offerten mit Lohnansprüchen an
Bereinigte Bunzlauer Topfwarenfabrikanten, e. G. m. b. H., Bunzlau.

Neueröffnete Porzellanfabrik in Mittelschlesien sucht 4 bis 5 tüchtige Stanzerrinnen für elektrotechnisches Porzellan. Nur solche wollen sich melden, welche nachweisl. längere Zeit im Afford in gleichen Artikeln gearbeitet haben. Bei guter Durchschnittsleistung werden auf die Reichsstarifaffordläge besondere Zuschläge gewährt. Reisekosten werden ersetzt. Für Beschaffung guter Kost und Logisstellen wird gesorgt. Bewerberinnen wollen ihr Angebot unter „Elektro“ an die Redaktion der „Ameise“ abgeben.

Graveur empfiehlt sich zur Anfertigung von Stahlplatten in sauberster Ausführung.
Offerten unter „Graveur“ an die Redaktion der „Ameise“.

Modellabgießer, Formengießer und Kapselbreher, die in ihrem Fach selbständig arbeiten können, zur Einrichtung einer oberfränkischen Geschirrfabrik gesucht. Wegen Wohnungsverhältnisse Angabe des Alters und Familienstandes erbeten.

Angebote sind zu richten an das Sanzbureau Oberfranken, zu Händen des Gauleiters Hermann Fredow, Markredwitz, Klingertstr. 8.

Esterbetafel.

Kahla. Franz Zelenka, Kapselbreher, geboren am 28. September 1885, gestorben am 27. Dezember an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Königszell. Maria Hauke, geboren am 3. Mai 1898, gestorben am 28. Dezember 1920 an Lungenleiden. Mitglied seit 1919.

König. Anna Lindig, Brennholzarbeiterin, geboren am 9. Juli 1892, gestorben am 2. Januar an Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Plane. Emil Kühn, Maler, geboren am 23. September 1861, gestorben am 2. Dezember 1920 freiwillig aus dem Leben geschieden. Mitglied seit 1919.

Selb-Weißberg. Hilol Künzel, Brenner, geboren am 6. Juni 1877, gestorben am 14. Dezember 1920 an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.

Tillomis. Egon Kästler, Druckerin, geboren am 2. Januar 1872, gestorben im Wochenbett am 4. Dezember 1920. Mitglied seit 1918.

Wunsiedel. Anton Fischer, geboren am 21. Dezember 1864, gestorben am 28. Dezember 1920 an Schlaganfall. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Mudolstadt.

Alle Arbeitslosen, die Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes sind, haben sich im Bezirk Mudolstadt beim Geschäftsführer unserer Zahlstelle, Kollegen Edmund Siegel, Mudolstadt, Vorwerksgasse 13, zu melden und dort ihre Arbeitslosenmarken zu Heben. Wer dieses unterläßt, hat die statutarischen Beiträge auch für die Dauer der Arbeitslosigkeit zu entrichten.
Die Verwaltung.

Dank.

Der Zahlstelle Althaldensleben für die mir gewährte Weihnachtunterstützung meinen besten Dank.
Invalide Paul Martin.

Dank.

Für die uns überwiesene Weihnachtunterstützung sagen wir hiermit allen Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Tetta unseren herzlichsten Dank.

Im Auftrag der Kriegerrwitwen:
Ulma Leistner, Frida Bod.

Dank.

Für die mir anlässlich meiner langen Krankheit gewährte freiwillige Unterstützung spreche ich der Zahlstelle Seehenberg a. G. meinen besten Dank aus.
Julius Sommerer.

Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinsel, Glaszähle. Darum schickt alles zu
A. Langhammer, Wilkau v. Zwickau, Sa.

Emil Böhme * Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Neuestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, Goldplatten, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Hüttenschuhe — Segeltuchoberteil, Ledersohle u. Awecken. — Recht vorteilhaft laufe Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Zerkel Schuhe. Sämtl. Lederschuhwaren in nur guten Qualit. billigt. Bei Sie illustr. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt.
R. Klene, Schuhverwand u. Pantoffelfabrik, Weißwasser (D.-L.).

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler und Dreherei, sowie Drehereimeßer, Hornspachteln, Holzspachteln für Druckerei, u. Pinselstiele liefert
Paul Materne, Schönwald in Oberfranken.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Glas kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Bönisch-Platz 17.

Die neueste Verschlechterung des Markkurses bedingt sofortigen Schwammekauf!

Offeriere hierdurch Zymocca-Levantine Schwämme zu 4, 10, 15, 20 bis 40 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Brenner, Druckerei; Hartheadschwämme, runde Form, klein, 100 Stück 125 Mk., mittlere 100 Stück 550 Mk., mittlere Hartheadschwämme, flache Form, gepreßt, das Kilo, 80 Stück enthaltend, 200 Mk.; für Steingutfabrik große, billige, weiche Zymocca 10 bis 15 Mk. pro Stück; große Hartheadschwämme, gepreßt, das Kilo, 35 bis 40 Stück enthaltend, 350 Mk. prima echte „Elephantenohren“ 850 Mk. pro Kilo. Abgabe einzelner Schwämme oder Ansichtsendungen nicht möglich.
D. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr.

Kaufe

alte „dekorative Vorbilder“ Grabil, Berlin, Blumenstr.

Eogr. 1898	Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art		Gold-, Platina-, Silber- preis auf Antrag
			
Beste Bedien.	<p>Handels- und Industrie-Verkehrsgesellschaft, Zwickau, S. Ostbahnhofstr. 32.</p>		

Veranzg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Köfingstr. 4
Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Köfingstr. 4
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22